

## DER PARTEIENFRIEDEN

Rasch bahnte sich aber derweil im Lande die politische Lösung an. Am Freitag, 18. März – in Berlin entschied sich gleichzeitig die liechtensteinische Anschlussfrage –, fanden sich im Regierungsgebäude unter Regierungschef Hoops Vorsitz die Parteispitzen zu einer Besprechung. Auf Bürgerparteiseite nahmen neben Dr. Hoop der Parteiobmann Bernhard Risch, Fritz Walser, Oswald Bühler und Dr. Ludwig Marxer, auf Unionseite Parteiobmann Dr. Otto Schaedler, Dr. Alois Ritter, Dr. Alois Vogt und Regierungsrat Alois Schädler teil. Sie waren einig, «dass beim Ernst der gegenwärtigen Lage eine politische Befriedung des Landes notwendig ist». Die VU-Vertreter erklärten, «dass sie eindeutig auf dem Boden der Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Fürstentums stehen», verlangten aber zugleich die «rasche Umbildung der Regierung» und den Proporz in Landtag, Kommissionen und Gerichten sowie eine Umbesetzung beim Arbeitsamt. Die Bürgerparteiseite sagte zu, die Vorschläge den Partei-Instanzen befürwortend zu unterbreiten. Bis Montag wurde Antwort zugesagt.<sup>93</sup> Die Geburt der Koalition war eingeleitet.

Auf der Strasse in Vaduz traf Regierungschef Hoop an diesem Freitag unvermittelt auf den jungen Thronfolger. Der damals knapp 32jährige Prinz Franz Josef war in raschem Entschluss aus Sorge um seine künftige Herrschaft von Wien hergereist.

### Mitgeteilt.

Freitag den 18. März l. J. fand bei der fürstl. Regierung eine Besprechung zwischen Vertretern der Bürgerpartei und der Vaterländischen Union über die Durchführung einer innerpolitischen Befriedung statt. Die Aussprache, die sich auf der Grundlage völliger politischer Gleichberechtigung bewegte, hat einen erfolgsversprechenden Verlauf genommen. Die bei der Besprechung anwesenden Vertreter der Parteien sind der Auffassung, daß hiedurch alle Voraussetzungen geschaffen sind für eine gedeibliche Zusammenarbeit in der Zukunft.

«Liechtensteiner Vaterland», 19. März 1938

Er hatte niemandem etwas mitgeteilt, auch dem Fürsten nicht. Der Thronfolger drängte den durch das Auftauchen des Prinzen sichtlich «unangenehm berührten» Regierungschef, der seine Politik gestört sah, und die noch misstrauische Bürgerpartei, sofort die Vorschläge der VU anzunehmen und sich mit ihr zu einigen. Mit beiden Seiten führte der Thronfolger entsprechende Gespräche. Er gewann die Zuversicht, dass Liechtenstein sich treu bliebe.<sup>94</sup>

Am Montag, 21. März, konnte die von den Parteiaus-schüssen bereits abgeseignete «innenpolitische Befriedungsaktion» definitiv vereinbart werden. Beide Parteien bekannten sich darin erneut zu Verfassung, Selbständigkeit und Fürstenhaus und zu den Verträgen mit der Schweiz. Sie vereinbarten die Koalitionsregierung, nach welcher die Bürgerpartei den Regierungschef und einen ständig amtierenden Regierungsrat, die VU den Regierungschef-Stellvertreter und einen nicht ständig amtierenden Regierungsrat und beide Parteien je einen Regierungsrat-Stellvertreter erhielten. Der Anspruch stützte sich auf die knapp 48 % der Wählerstimmen der VU von 1936. Ebenso wurde der Proporz für die Landtagswahl und für Kommissionen und Gerichte zugesagt. Die Landtagswahl sollte nicht jetzt, sondern im Januar 1939 stattfinden.<sup>95</sup>

Der Frieden war geschlossen, rascher als erwartet – und dauernder. Daneben liefen allerdings noch liechtensteinische Einflussversuche in Berlin.

## BERLIN-REISEN VON OTTO SCHAEGLER UND REGIERUNGSCHEF HOOP

Dr. Schaedler war nämlich am Freitag (18. März) im Anschluss an das Parteiengespräch nach Berlin gereist. Er sprach am Samstag, 19. März, bei der Volksdeutschen Mittelstelle vor. Hier erklärte er, die von ihm dem Regierungschef präsentierten Forderungen<sup>96</sup> seien «die beste Grundlage für einen nationalsozialistischen Aufbau von Liechtenstein»; er intrigierte gegen Hoop und vermittelte den Eindruck, der Thronfolger sei dem deutschen Regierungssystem gewogen.<sup>97</sup> Schaedler betrieb hier ein mehr als bedenkliches Doppelspiel, mit dem Ziel der Macht.